Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 2024/039

Federführung: Bauamt	Datum: 12.02.2024
Bearbeiter: Mona Weichselgartner	AZ:

Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Zusatzinfo
Bauausschuss	06.03.2024	Entscheidung	öffentlich	

Top Nr. 3.2 Sitzung des Bauausschusses am 06.03.2024

Beratung und Beschlussfassung zu Bauanträgen Errichtung eines LKW-Parkplatzes an der Söderbergstraße 9 (BV-Nr. 2024/0007)

Auf den Grundstücken Fl.-Nr. 1602/3, 1602/14 und 1600/18 der Gemarkung Töging a. Inn, Söderbergstraße 9, Innstraße und Aluminiumstraße 8, soll ein LKW-Parkplatz errichtet werden.

Das Bauvorhaben befindet sich innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils.

Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht einem Industriegebiet (GI) nach § 9 Baunutzungsverordnung (BauNVO). Die Zulässigkeit des Vorhabens beurteilt sich nach seiner Art allein danach, ob es nach der BauNVO in dem Baugebiet allgemein zulässig wäre; auf die nach der Baunutzungsverordnung ausnahmsweise zulässigen Vorhaben ist § 31 Absatz 1 BauGB, im Übrigen ist § 31 Absatz 2 BauGB entsprechend anzuwenden (§ 34 Abs. 2 BauGB).

Laut 4.1 der Baubeschreibung können ca. 15 LKW gleichzeitig abgestellt werden.

Das gemeindliche Einvernehmen kann erteilt werden, da das Vorhaben in dem Baugebiet allgemein zulässig ist und sich nach Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Das Ortsbild wird nicht beeinträchtigt. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bleiben gewahrt. Es sind keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Stadt Töging a. Inn oder in anderen Gemeinden zu erwarten.

Die Stadt Töging begrüßt das Vorhaben ausdrücklich, weil dies zu einer erheblichen Entlastung der Parksituation in der Innstraße durch parkende LKW der Fa. Speira führen wird.

Die Grundstücke Fl.-Nr. 1602/14 und Fl.-Nr. 1602/3 der Gemarkung Töging a. Inn sind nicht an die städtische Wasserversorgung und Kanalisation angeschlossen.

Gem. 4.2 und 4.3 der Baubeschreibung sind keine Maßnahmen an der Wasserleitung und Kanalisation erforderlich und auch nicht geplant.

Niederschlagswässer dürfen nicht in die städtische Kanalisation eingeleitet werden; diese sind auf dem eigenen Grundstück zu versickern.

Der Bauausschuss nimmt den Bauantrag zur Kenntnis und erteilt das gemeindliche Ein-

vernehmen mit : Stimmen.